SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Baden-Württemberg vor der Europawahl 2009

Eisenreich, Dirk

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Eisenreich, D. (2009). Baden-Württemberg vor der Europawahl 2009. *Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg*, 3, 50-54. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-408363

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Baden-Württemberg vor der Europawahl 2009

Dr. Dirk Eisenreich

Dipl.-Geograf Dr. Dirk Eisenreich ist Referent im Referat „Mikrozensus, Erwerbstätigkeit, Wohnungswesen, Wahlen“ des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg.

Am 7. Juni 2009 findet in Deutschland – in Baden-Württemberg zeitgleich mit den Kommunalwahlen – die 7. Direktwahl zum Europäischen Parlament statt. Die Bürgerinnen und Bürger aller inzwischen 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind im Zeitraum vom 4. bis 7. Juni 2009 dazu aufgerufen, ihre nationalen Abgeordneten ins Europaparlament zu wählen. Bei dieser Wahl werden EU-weit rund 375 Mill. Bürgerinnen und Bürger wahlberechtigt sein, davon rund 7,7 Mill. in Baden-Württemberg.

Der Beitrag gibt einen Rückblick auf die Ergebnisse der Europawahl 2004 und früherer Europawahlen in Baden-Württemberg und informiert über wahlrechtliche Hintergründe sowie die geänderte Sitzverteilung im künftigen EU-Parlament.

Die Europawahl am 7. Juni 2009 ist in Baden-Württemberg die erste landesweite Wahl seit der Landtagswahl im März 2006. Sie kann – wenige Monate vor der Bundestagswahl Ende September – auch als ein letzter bundesweiter Stimmungstest für die Parteien gesehen werden. Da europapolitische Themen in der Öffentlichkeit weniger präsent waren, wurden die Europawahlen in der Vergangenheit eher von bundes- oder auch landespolitischen Themen dominiert. Die Wählerinnen und Wähler werden deshalb bei der Europawahl möglicherweise auch ihrer Zufriedenheit oder Unzufriedenheit mit der Politik der Parteien auf Bundes- wie auf Landesebene Ausdruck verleihen.

Wahlbeteiligung bei Europawahlen meist auf niedrigem Niveau, ...

Die Wahlbeteiligung war bei Europawahlen bereits seit den ersten Direktwahlen 1979 deutlich geringer als bei Bundestags- und Landtagswahlen, das gilt für Baden-Württemberg ebenso wie für andere Bundesländer. So lag die Wahlbeteiligung in Baden-Württemberg seit der ersten Europawahl im Jahr 1979 im Durchschnitt bei rund 54 %, während bei Bundestagswahlen im vergleichbaren Zeitraum im Land durchschnittlich 82 % erreicht wurden, bei Landtagswahlen 67 %. In den Jahren 1994 und 2004, in denen zeitgleich mit der Europawahl auch die Kommunalwahlen stattfanden, stieg die Wahlbeteiligung im Vergleich zu den jeweils vorherigen Wahlen kräftig an *(Tabelle 1);* dennoch liegen die 53 % im Jahr 2004 deutlich unter den Werten der Europawahlen 1979, 1989 und 1994. Ob die Wahlbeteiligung in diesem Jahr am 7. Juni – wenige Monate vor der öffentlichkeitswirksamen Bundestagswahl – wieder höher liegen wird, bleibt abzuwarten. Die zeitgleiche Durchführung der Kommunalwahlen im Land dürfte für die Wahlbeteiligung von Vorteil sein.

T1 Ergebnisse der Europawahlen in Baden-Württemberg seit 1979

Bezeichnung	Einheit	1979	1984	1989	1994	1999	2004
Wahlberechtigte	1 000	6 271,7	6 641,1	6 953,7	7 197,5	7 266,4	7 487,1
Wahlbeteiligung	%	*59,2*	*48,2*	*58,4*	*66,4*	*40,6*	*53,1*
Gültige Stimmen	1 000	3 682,4	3 161,2	4 013,9	4 557,7	2 923,6	3 830,4
davon							
CDU	%	*52,3*	*50,9*	*39,3*	*42,0*	*50,9*	*47,4*
SPD	%	*34,3*	*27,3*	*29,1*	*26,6*	*26,1*	*19,6*
FDP	%	*8,1*	*7,1*	*7,2*	*5,2*	*4,9*	*6,8*
GRÜNE	%	*4,5*	*10,1*	*10,0*	*13,2*	*9,8*	*14,4*
Sonstige	%	*0,7*	*4,6*	*14,5*	*13,1*	*8,4*	*11,8*

... in Baden-Württemberg jedoch über dem EU-Durchschnitt

Bei der Europawahl 2004 lag die Wahlbeteiligung in Baden-Württemberg mit 53,1 % über dem EU-Durchschnitt von knapp 46 %[1] und übertraf auch die Wahlbeteiligung in Deutschland (43 %) deutlich *(Schaubild 1)*. Hohe Beteiligungsquoten erreichten vor allem Staaten mit Wahlpflicht (zum Beispiel Belgien, Luxemburg), während insbesondere in den osteuropäischen Staaten, die erst im Jahr 2004 der EU beigetreten sind, eine niedrige Wahlbeteiligung zu verzeichnen war.

Deutliche Unterschiede bei der Wahlbeteiligung zeigen sich je nach Alter der Wählerinnen und Wähler. Die Ergebnisse der Repräsentativen Wahlstatistik[2] in Baden-Württemberg weisen für die Jüngeren die geringsten Teilnahmequoten aus: Von den unter 30-Jährigen nahmen nur rund 37 % an der Europawahl 2004 teil. Dieser Wert steigt mit den Altersjahren kontinuierlich an und erreicht bei den 60-jährigen und älteren Baden-Württembergern gut 55 %. Aktivitäten zur Steigerung der Wahlbeteiligung wären demnach in allen Altersgruppen, vor allem aber mit Blick auf die jungen Wahlberechtigten sinnvoll.

Das Abschneiden der Parteien in Baden-Württemberg

Bei der Europawahl 2004 erreichte die CDU in Baden-Württemberg rund 47 % und verlor damit – auf hohem Niveau – 3,5 Prozentpunkte gegenüber 1999 *(Tabelle 1)*; die CDU erreichte damit einen höheren Stimmenanteil als SPD, GRÜNE und FDP zusammen. Die SPD musste 2004 deutliche Verluste (– 6,5 Prozentpunkte) hinnehmen und erreichte mit nur noch 19,6 % einen Tiefstand, der merklich unter ihren früheren Europawahl-Ergebnissen lag. Die FDP konnte 2004 um knapp 2 Prozentpunkte auf 6,8 % zulegen und stoppte damit ihren kontinuierlichen Abwärtstrend seit 1979. Die GRÜNEN steigerten sich um 4,6 Prozentpunkte auf 14,4 % und erzielten damit ihr bestes Ergebnis bei den Europawahlen in Baden-Württemberg.

Der Stimmenanteil der sonstigen Parteien ist bei Europawahlen seit 1989 stets auffallend hoch, bei der Europawahl 2004 waren es 11,8 % der Stimmen, darunter 1,1 % für die PDS. Den kleinen Parteien kommt dabei möglicherweise die geringe Wahlbeteiligung – die in stärkerem Maß den großen Volksparteien Stimmen kostet – zugute, und auch die Tatsache, dass nach der Wahl zum Europäischen Parlament keine Regierungs- und Koalitionsbildung erfolgt und es den Wählerinnen und Wählern damit wohl leichter fällt, die Europawahl für eine „Protestwahl" zu nutzen. Auch eine „strategische" Wahlentscheidung wie bei Bundestagswahlen dürften bei Europawahlen weniger eine Rolle spielen.

Nach der Europawahl 2004 zogen von den 99 deutschen Abgeordneten insgesamt 11 Abgeordnete mit Wohnsitz in Baden-Württemberg ins Europäische Parlament ein, 8 davon von der CDU und je eine Abgeordnete bzw. ein Abgeordneter von der SPD, den GRÜNEN und der PDS.

Wahlrechtliche Grundlagen der Europawahl

Die Wahlen zum Europäischen Parlament finden alle 5 Jahre statt und sind in ihren Grundzügen im sogenannten „Direktwahlakt" der EU festgelegt. Dort wird zwar ein einheitliches Wahlverfahren angestrebt, die genauen Regeln für die Wahl sind jedoch nach wie vor von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat verschieden, so die Wahltermine und -zeiten, die Einteilung in Wahlkreise, die Frage der Altersgrenze für die Wählbarkeit der Kandidaten und die Sperrklauseln für die Parteien.

In Deutschland wird die Europawahl, anders als die Bundestagswahl mit ihrem gemischten Mehrheits- und Verhältniswahlrecht, in einer reinen Verhältniswahl durchgeführt: Jeder Wähler hat nur eine Stimme. Die gesetzliche Grundlage dafür bildet das Europawahlgesetz. Die Sitzzuteilung auf die Parteien erfolgt ab der Europawahl 2009 nach dem Verfahren „Sainte-Laguë/Schepers" (Divisormethode mit Standardrundung) und löst damit das bisher gültige Verfahren „Hare/Niemeyer" (Quotenverfahren mit Restausgleich nach größten Bruchteilen) ab.

Seit den Europawahlen 1994 können die Bürgerinnen und Bürger der EU das aktive und passive Wahlrecht entweder in ihrem Heimatland oder in ihrem Wohnsitz-Mitgliedstaat ausüben. Anders als bei Bundestags- und Landtagswahlen sind für Europawahlen somit nicht nur deutsche Staatsbürger, sondern auch die sogenannten Unionsbürger mit Wohnsitz in Deutschland wahlberechtigt. Allerdings müssen die Unionsbürger vor der Wahl im Wählerverzeichnis ihrer Wohnsitzgemeinde eintragen sein.

1 Datenquelle: Europäisches Parlament <www.europarl.europa.eu/elections2004/ep-election/sites/de/index.html>.

2 Die Repräsentative Wahlstatistik ist eine Stichprobenerhebung der amtlichen Statistik, die Informationen über die Wahlbeteiligung und zur Stimmabgabe nach Alter und Geschlecht liefert. Bei der Wahlbeteiligung werden nur die Wahlberechtigten ohne Wahlschein betrachtet.

Hochburgen der Parteien bei allen Europawahlen relativ konstant

Als „Hochburgen“ und „Diasporagebiete“ werden im Folgenden jene 7 Stadt- und Landkreise bezeichnet, in denen die Parteien bei den Europawahlen am besten bzw. am schlechtesten abgeschnitten haben. Wenn sich auch die Kräfteverhältnisse in Baden-Württemberg seit der ersten Direktwahl zum Europäischen Parlament 1979 verschoben haben, sind die Hochburgen und Diasporagebiete im Laufe der letzten Europawahlen relativ konstant geblieben *(Schaubild 2).*

CDU-Hochburgen der Europawahl 2004 waren die Kreise Sigmaringen, Biberach, Tuttlingen, der Alb-Donau-Kreis und Ravensburg sowie im Norden des Landes der Main-Tauber-Kreis und der Neckar-Odenwald-Kreis – die meisten dieser Kreise sind Hochburgen seit der Europawahl 1979. Insgesamt erreichte die CDU 2004 in ihren Hochburgen einen Stimmenanteil von 58,3 %, in ihren Diasporagebieten – das sind die Städte Freiburg im Breisgau, Heidelberg, Stuttgart, Karlsruhe und Mannheim sowie die Landkreise Tübingen und Lörrach – hingegen nur 37,1 %. Die Differenz von über 21 Prozentpunkten zwischen den Hochburg- und Diasporakreisen ist bei der CDU ausgeprägt groß.

SPD-Hochburgen mit einem Stimmenanteil von 23,8 % waren 2004 wieder traditionell die Städte Mannheim und Heilbronn, außerdem die Landkreise Heidenheim, Lörrach, der Rhein-Neckar-Kreis, die Stadt Karlsruhe sowie der Landkreis Heilbronn. Zu den Diasporagebieten der SPD zählen vorwiegend die traditionellen CDU-Hochburgen, in denen sie nur 14,2 % der Stimmen erreichte.

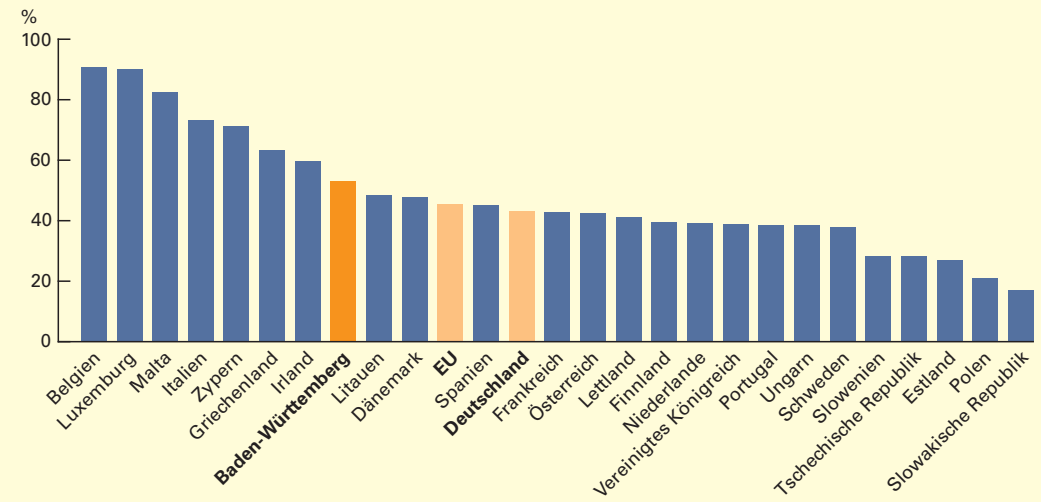
Zu den Spitzenreitern bei den GRÜNEN zählen seit den ersten Europawahlen die Universitätsstädte Freiburg im Breisgau, Heidelberg, Tübingen (Landkreis) und Stuttgart, bei der Wahl 2004 außerdem Karlsruhe, Ulm und der Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald. In diesen erfolgreichsten Stadt- und Landkreisen der GRÜNEN erreichten sie insgesamt 23,8 % der Wählerstimmen, über 15 Prozentpunkte mehr als in ihren stimmschwachen Gebieten in überwiegend ländlichen Kreisen. Die Differenz zwischen Hochburgen und Diasporagebieten ist damit auch bei den Grünen besonders deutlich.

Zu den FDP-Hochburgen der Europawahl 2004 mit einem Stimmenanteil von 8,4 % gehörten die Städte Baden-Baden, Karlsruhe und Heidelberg, außerdem die Landkreise Hohenlohe, Schwäbisch Hall, Rems-Murr und Reutlingen. In ihren Diasporagebieten – überwiegend ländlich geprägte Kreise in Süd- und Ostwürttemberg – kamen die Liberalen auf nur 5 % der Stimmen.

CDU war 2004 in allen Altersgruppen weiterhin auf Platz 1

Mit den Ergebnissen der Repräsentativen Wahlstatistik kann festgestellt werden, dass die CDU bei der Europawahl 2004 trotz Stimmenverlusten

S1 Wahlbeteiligung bei der Europawahl 2004 in Baden-Württemberg und in den EU-Mitgliedstaaten



Datenquelle: Europäisches Parlament.

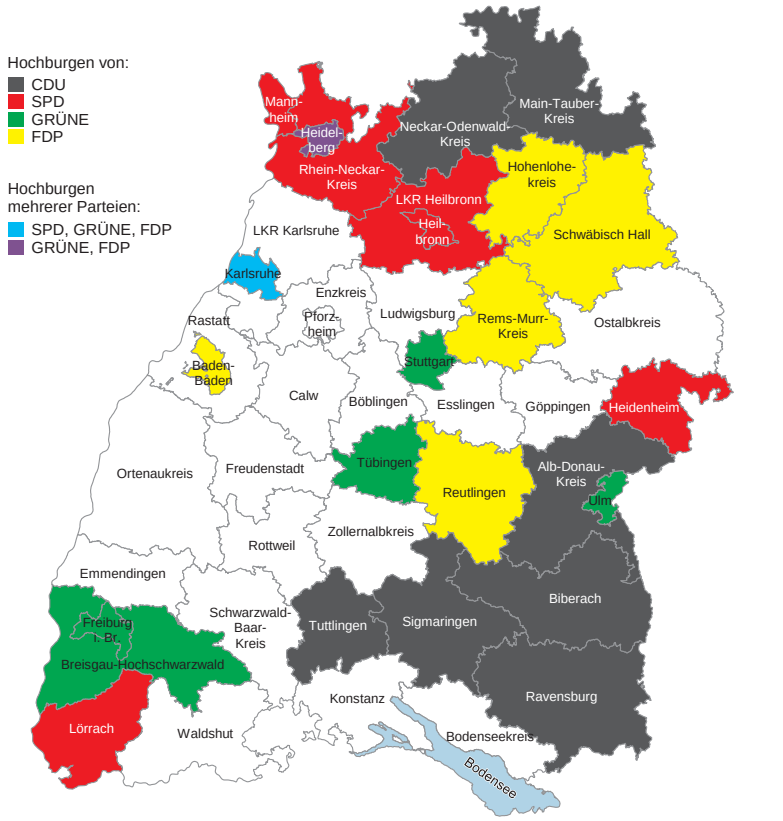
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 199 09

in allen Altersgruppen den 1. Platz einnahm *(Schaubild 3)*. Wie schon bei der Europawahl 1999 war die CDU bei den Senioren ganz besonders erfolgreich: Gut 57 % der 60-Jährigen und Älteren machten ihr Kreuz bei den Christdemokraten. Bei den unter 60-jährigen Wählerinnen und Wählern hingegen blieb die CDU in allen Altersgruppen unter ihrem Landesdurchschnitt. Während bei der Europawahl 1999 die CDU noch stärker von Frauen als von Männern präferiert wurde, haben bei der Wahl 2004 Männer mit 47 % fast ebenso so häufig die CDU gewählt wie Frauen (47,3 %).

SPD verlor 2004 vor allem in mittleren Altersgruppen

Die Sozialdemokraten büßten 2004 vor allem bei den 25-bis 59-jährigen Wählerinnen und Wählern überdurchschnittlich stark Stimmen ein. Ebenso wie die CDU hat auch die SPD bei den Frauen noch etwas höhere Verluste erlitten. Den stärksten Rückhalt fand die SPD mit einem Stimmenanteil von gut 22 % bei den 60-jährigen und älteren, den geringsten mit knapp 15 % bei den 25- bis 34-jährigen Wählerinnen und Wählern. Von den Männern dieser Altersgruppe hatten sogar nur knapp 14 % die SPD gewählt. Auffällig ist, dass die SPD bei der letzten Europawahl in der Wählergunst der 25- bis 44-jährigen Baden-Württemberger deutlich hinter den GRÜNEN lag. Ähnlich wie die CDU wurde die SPD bei der Europawahl 2004 nahezu gleichermaßen von Männern (19,8 %) und von Frauen (19,4 %) gewählt.

S2 Parteien-Hochburgen bei der Europawahl 2004 in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs

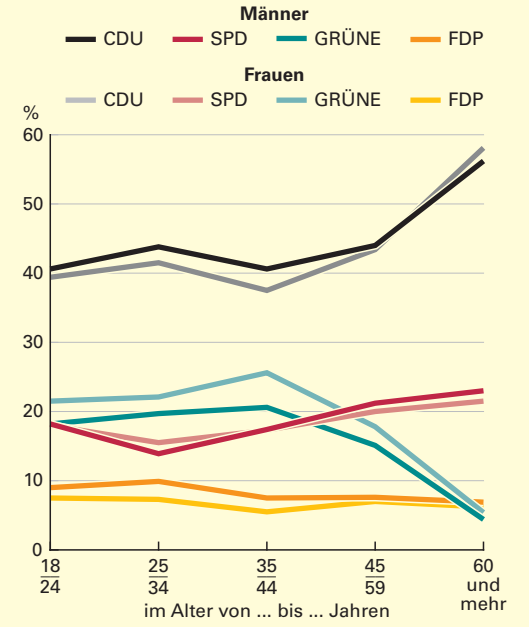


*) Hochburgen einer Partei sind die 7 Stadt- und Landkreise, in denen diese Partei die höchsten Stimmenanteile erzielt hat.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Landesinformationssystem

24-24-09-001
© Kartengrundlage GfK GeoMarketing GmbH
Karte erstellt mit RegioGraph

S3 Stimmabgabe bei der Europawahl 2004 in Baden-Württemberg nach Alter und Geschlecht*)



*) Ergebnisse der Repräsentativen Wahlstatistik.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 200 09

Die GRÜNEN lagen 2004 bei jüngeren Wählern vor der SPD

Während CDU und SPD bei der Europawahl 2004 Stimmenverluste hinnehmen mussten, konnten GRÜNE und FDP prozentual Wähler hinzugewinnen: Der Wahlerfolg der GRÜNEN basierte dabei im Wesentlichen auf Stimmenzuwächsen bei den Erst- und Jungwählern (+ 5,8 Prozentpunkte) sowie bei den 45- bis 59-jährigen Wählerinnen und Wählern (+ 7,3 Prozentpunkte). Die höchsten Stimmenanteile erzielten die GRÜNEN bei den 35- bis 44-jährigen Frauen: Gut jede vierte Baden-Württembergerin dieser Altersgruppe gab ihre Stimme den GRÜNEN. Am wenigsten Erfolg war ihnen hingegen bei den 60-jährigen und älteren Männern beschieden, von denen nur rund 4 % die GRÜNEN wählten. Ebenso wie bei der Europawahl 1999 schnitten die GRÜNEN auch 2004 bei den Frauen mit 15,4 % der gültigen Stimmen besser ab als bei den Männern (13,6 %).

T2 Sitzverteilung im Europäischen Parlament: Änderungen zur Wahl 2009*)

Mitgliedstaat	Sitze 2004 bis 2009	Sitze nach der Wahl 2009 gemäß Vertrag von Nizza		Sitze nach der Wahl 2009 gemäß Vertrag von Lissabon		Bevölkerung am 1. Januar 2008 (Mill.)[1]
		Anzahl	Veränderung	Anzahl	Veränderung	
Deutschland	99	99	*0*	96	*– 3*	82,2
Frankreich	78	72	*– 6*	74	*– 4*	63,8
Vereinigtes Königreich	78	72	*– 6*	73	*– 5*	61,2
Italien	78	72	*– 6*	73	*– 5*	59,6
Spanien	54	50	*– 4*	54	*0*	45,3
Polen	54	50	*– 4*	51	*– 3*	38,1
Rumänien	35	33	*– 2*	33	*– 2*	21,5
Niederlande	27	25	*– 2*	26	*– 1*	16,4
Griechenland	24	22	*– 2*	22	*– 2*	11,2
Belgien	24	22	*– 2*	22	*– 2*	10,7
Portugal	24	22	*– 2*	22	*– 2*	10,6
Tschechische Republik	24	22	*– 2*	22	*– 2*	10,4
Ungarn	24	22	*– 2*	22	*– 2*	10,0
Schweden	19	18	*– 1*	20	*+ 1*	9,2
Österreich	18	17	*– 1*	19	*+ 1*	8,3
Bulgarien	18	17	*– 1*	18	*0*	7,6
Dänemark	14	13	*– 1*	13	*– 1*	5,5
Slowakische Republik	14	13	*– 1*	13	*– 1*	5,4
Finnland	14	13	*– 1*	13	*– 1*	5,3
Irland	13	12	*– 1*	12	*– 1*	4,4
Litauen	13	12	*– 1*	12	*– 1*	3,4
Lettland	9	8	*– 1*	9	*0*	2,3
Slowenien	7	7	*0*	8	*+ 1*	2,0
Estland	6	6	*0*	6	*0*	1,3
Zypern	6	6	*0*	6	*0*	0,8
Luxemburg	6	6	*0*	6	*0*	0,5
Malta	5	5	*0*	6	*+ 1*	0,4
EU-27	**785**	**736**	***– 49***	**751**	***– 34***	**497,5**

*) Informationen: Europäisches Parlament, Informationsbüro für Deutschland. – 1) Datenquelle: Eurostat (teilweise vorläufige Ergebnisse).

FDP profitierte 2004 vor allem von Jungwählern

Die baden-württembergischen Liberalen erhielten mehr Stimmen von Männern (7,7 %) als von Frauen (6,5 %). Den Aufwärtstrend bei der Europawahl 2004 hat die FDP vor allem den jüngeren, unter 35-jährigen Wählern zu verdanken. Sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen dieser Altersgruppe erzielte die FDP überdurchschnittliche Stimmenzuwächse. Mit Abstand am erfolgreichsten waren die Liberalen bei den 18- bis 34-jährigen Männern: Knapp 10 % der unter 35-jährigen männlichen Wähler gaben ihre Stimme bei der Europawahl 2004 der FDP.

Die Sitzverteilung im Europäischen Parlament

Seit der Europawahl 1994 sind im Europäischen Parlament 99 Abgeordnete aus Deutschland vertreten. Nach der letzten Europawahl im Juni 2004 saßen bis Januar 2007 insgesamt 736 Abgeordnete aus 25 Mitgliedstaaten im Europäischen Parlament. Mit dem Beitritt von Bulgarien und Rumänien am 1. Januar 2007 erhöhte sich die Gesamtzahl der EU-Abgeordneten vorübergehend auf insgesamt 785.

Mit der Europawahl 2009 wird nun die Zahl der Abgeordneten im Europäischen Parlament wieder reduziert. Nach dem derzeit gültigen Vertrag von Nizza in der Fassung der Beitrittsverträge werden 736 Abgeordnete für die 27 Mitgliedstaaten in das neue EU-Parlament gewählt. Deutschland ist dabei wieder mit 99 Abgeordneten vertreten. Sollte jedoch der „Reformvertrag von Lissabon“ vor der Europawahl 2009 in Kraft treten, was derzeit als unwahrscheinlich gilt, würde sich die Abgeordnetenzahl nur auf 751 verringern. Deutschland wäre in diesem Fall mit 96 Abgeordneten im EU-Parlament vertreten. Die beiden möglichen Varianten der Mandatsverteilung nach Staaten im Europäischen Parlament für die Europawahl 2009 sind in *Tabelle 2* ersichtlich. ■

Weitere Auskünfte erteilt
Dr. Dirk Eisenreich,
Telefon 0711/641-21 09,
Dirk.Eisenreich@stala.bwl.de